

## Argauische reformierte Kirchensynode.

Die diesjährige Synode fand am 6. November statt und wurde durch einen Gottesdienst in der Aarau Stadt Kirche mit Predigt von Pfr. Wischer in Rupperswil eröffnet. Sie behandelte in einer durch seine Schlichtheit wohlthuenden Weise die Erzählung von Maria und Martha, die auf das Viele und auf das Eine, was der Kirche und besonders ihren Dienern nützt, gedeutet wurde. Leider mußte sich Pfarrer Wischer wegen plötzlicher Erkrankung vertreten lassen, er fand aber in Pfr. Schäfer einen gediegenen Vorleser für sein Manuskript.

Das Haupttraktandum der ordentlichen Herbstsitzung der Synode bildet jeweilen der Geschäftsbericht des Kirchenrates. Die diesjährige Besprechung stand unausgesprochen unter dem Gedanken einer vielleicht in naher Zukunft zu erwartenden Trennung von Kirche und Staat. Die wichtige Neuerung der letzten Jahre, die Gründung einer besondern kirchlichen Zentralkasse, wird offensichtlich als Schritt auf dem Wege zu diesem Ziele aufgefaßt. Diese Konsolidierungs- und Zentralisierungstendenz hat sich auch gestern wieder auf allerlei Weise Ausdruck verschafft. Es wurden in empfehlendem Sinn an den Kirchenrat weitergeleitet ein Antrag, die Kirchen- und Pfrundgüter in den einzelnen Gemeinden zu verschmelzen, ein Antrag, die verschiedenen Fonds für kirchliche Zwecke (Alterszulagen, Vikariat, Helfer, Pension und Sterbeseester) zu vereinigen und aus der staatlichen in eigene Verwaltung zu nehmen; ein Antrag, die kleine und schlechtbesoldete Gemeinde Densbüren mit der Diasporagenossenschaft Frick zu vereinigen. Der Kirchenrat, der zartfühlend nicht allzu viele Zirkulare an die Kirchenpflegen erlassen wollte, wurde mit großer Mehrheit ermutigt, nur tapfer ein solches zu verschicken betr. allgemeine Einführung des sonntäglichen Kirchenopfers. Auch soll er mit dem Organistenverband Fühlung zu bekommen suchen. Mit Befriedigung wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß, entsprechend dem Verlangen der Synode und wohl noch mehr der starken Abstinenzorganisationen endlich etwas geschieht in Sachen eines Gesetzes zur Bekämpfung der Trunksucht und daß auch dem Verlangen der Synode

nach Erlaß einer Verordnung gegen das Kine-  
matographenwesen von der Regierung  
Folge gegeben worden ist. Besser unterblieben  
wären mehrere Anfragen betr. die Ausrichtung der  
neueingeführten Alterszulagen. Ein Laienmitglied  
der Synode meinte nachher im Privatgespräch:  
„Kommt man zu den Lehrern, so ist von den Be-  
föhrungen die Rede, und kommt man zu den  
Pfarrern, so ist auch von den Beföhrungen die  
Rede!“ Der Verwalter der kirchlichen Zentralkasse,  
auch ein „Lai“, schloß seine Beantwortung einer  
dieser Anfragen mit den Worten: „Geduld, meine  
Herren, der Goldregen kommt!“ Und auf der Tri-  
büne waren als einzige (!) Zuhörer zwei Sozialisten  
anwesend. Kurz, die Situation war eher peinlich  
und es ist zu hoffen, daß wir nun für einige Zeit  
mit unnötigen Verhandlungen über den schändlichen  
Mammon verschont bleiben.

Interessanter hätte die Diskussion über die Inter-  
pellation des Herrn S. Bossart in Buchs über  
die politische Betätigung der Pfarrer  
werden können. Der Interpellant begründete seine  
Anfrage mit dem Hinweis auf die allgemeine Defe-  
denz der modernen Zeit. Alltäglichkeit, Blasiertheit,  
profane Gemütsucht beherrschen das Volks-  
leben. An der Tagespolitik darf und soll zwar ein  
jeder teilnehmen, aber die edleren Regungen der  
Seele werden dabei doch niedergehalten, wo nicht  
erstickt. Die Kirche ist dazu da, die Volksseele zu  
heben. Unsere Kirchen stehen ja schon äußerlich  
gerne auf Anhöhen. „Da oben soll der Geist des  
Christentums ruhen!“ Eine „ewig grüne Insel im  
Strom des Lebens“ soll die Kirche sein, ein feilscher  
Ruhpunkt, wo einem jeden Genüsse edelster Art  
geboden werden. So muß vor allem der Pfarrer  
dastehen als ein Leuchtturm in der Brandung.

Politische Aerzte liebt das Volk nicht, was soll es  
aber erst denken von einem Seelenhirten, der im  
Dunst des Alltäglichen drinsetzt, der als „Genosse“  
den Klassenkampf mitkämpft, der sich dem Alkohol  
und dem Kartenspiel ergibt, der nicht mehr steht zu  
dem, was er predigt, der ein ärgerliches Leben  
führt? Der Interpellant ist der Ueberzeugung, der  
„Volksstimme“ Ausdruck zu geben, die gleicherweise  
protestiert gegen Abstinenzfanatiker, Politiker-  
pfarrer, Mucker und Reisetreter. Oberrichter Muri  
bezeichnete kurz und juristisch den Standpunkt des  
Kirchenrates: Dieser wird sich erst dann einmischen,

Wenn Gefahr vorliegt, daß ein Pfarrer wegen seiner politischen Tätigkeit sein Amt vernachlässigt.

Nach ihm redete lang und pastoral Pfarrer Schiepp. An einen kinderlehrartigen Rückblick auf die Meinungen des Aristoteles, der Propheten, Jesu und Zwingli über das einschlägige Gebiet schlossen sich eine Reihe von Mahnungen: der Pfarrer darf, kann und soll sich zwar an der Politik beteiligen, aber er soll sich nicht hervordrängen, keine Ausschreitungen begehen, nicht haufieren gehen mit seinen Ansichten, nach dem Kampf jeweiligen wieder für Frieden sorgen, vor allem aber sich still halten, solange er noch ein junger Pfarrer ist. Gespannt war man auf das Votum des zur sozialdemokratischen Partei gehörigen Pfr. Büchi (Erllinsbach). Leider redete er zu sehr pro domo statt zur Sache. Sehr richtig war die Bemerkung: gegen freisinnig politisierende Geistliche wurde nie Widerspruch erhoben (fünf dieser Richtung sind gegenwärtig Mitglieder des Großen Rates), erst seit es sozialistisch gerichtete Pfarrer gibt, ist die Volksschle entriistet. Würden nur mehr Leute von gebildetem Stande sich auf diese Seite stellen! Wer die Sozialisten kennt, weiß, daß man sehr gut mit ihnen verkehren kann. Konflikte bekommt ein Pfarrer so wie so in seiner Gemeinde, nicht nur wegen der Politik. Der Interpellant erinnerte zum Schluß daran, daß ein gewisser Pfarrer lezt hin im Großen Rat zu wenig Idealismus gezeigt habe, ein anderer (nicht mehr im Amte stehender) sei ein arger Trinker gewesen usw. Damit war die für dies Traktandum übrige Zeit vorbei. Daß die Verhandlung auf bedeutender geistiger Höhenlage stattfand, dürfte von keiner Seite behauptet werden.

Ein Antrag des Kirchenrates auf Erhöhung der Gelferbefoldungen wurde gutgeheißen.

Zum Schluß der Sitzung wurde eine Motion Dpprecht und Gen. verlesen und begründet betr. eine Resolution der Synode gegen die bundesrätliche Verordnung über die Glücksspiele. Pfr. Dpprecht (Schöftland) zeigte, daß wir allen Anlaß haben, gegen die Bedrohung der Volkswohlfahrt wie gegen die Aufstellung einer doppelten Moral durch genannte Verordnung energisch Stellung zu nehmen. Er machte dabei die Bemerkung, die Moral des Bundesrates, die vorschreibender Ertrag der Glücksspiele müsse gemeinnützigen Unternehmungen zugute kommen, gleiche der Moral italienischer Banditen, was ihm ein entriistetes Murren auf unserer gouvvernementsfrommen Sinken eintrug.

Einige weitere Geschäfte wurden auf die in vier Wochen stattfindende außerordentliche Sitzung verschoben, die zur Entgegennahme des vierjährigen Generalberichtes anberaunt ist. Dort wird dann auch über die erwähnte Resolution Beschluß gefaßt werden.

K. B.